

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

288 (17.10.1919) Erstes und Zweites Blatt

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Wochenpreis:
in Karlsruhe frei ins Haus
abwärts monatlich 1,90 Mk.,
vierteljährlich 5,70 Mk., an
den Ausgabestellen abgeholt
monatlich 1,80 Mk.
Auswärts am Postamt
abgeholt 5,40 Mk. Viertel-
jährlich, durch den Brief-
träger frei ins Haus ge-
bracht 6,45 Mk.
Einzelnnummer 10 Pf.

**Verlag, Schriftleitung
und Geschäftsstelle**
Mitterstraße 1.

Anzeigen:
Die Ogelb. Nonpareilseite
ober dem Raum 30 Pf.,
Metallseite 1,25 Pf., an
erster Stelle 1,50 Pf.
Auf diese Preise
80% Feuerungsanlag.
Kauf nach Tarif.
Anzeigenannahme
bis 12 Uhr mittags,
kleinere Anzeigen (Anzeigen
bis 4 Uhr nachmittags,
Bermittlungsstelle
Geschäftsstelle Nr. 203.
Verlag Nr. 297.
Schriftleitung Nr. 20u. 204

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Martin Glattinger; für den Vertrieb: Dr. Kurt Glattinger; für den Druck: Carl Dellemer; für den Vertrieb: Carl Dellemer; für den Vertrieb: Carl Dellemer. Druck und Verlag: C. S. Müllerische Buchhandlung m. b. H., sämtlich in Karlsruhe. — Berliner Redaktion: Dr. Kurt Glattinger, Friedenau, Regentstraße 65/66. Telephon-Umschalt 2902. Für unverlangte Manuskripte oder Druckfahnen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücknahme erstattet, wenn Porto beigefügt ist.

116. Jahrg. Nr. 288.

Freitag, den 17. Oktober 1919

Erstes Blatt.

Haben wir eine Demokratie in Deutschland?

Von Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Emil Abderhalden, Halle a. S.

Die deutsche Nationalversammlung hat eine Verfassung verabschiedet, die in vieler Beziehung die freieste der Welt genannt werden darf. Der Rahmen ist geschaffen, innerhalb dessen höchste soziale Aufgaben erfolgreich gelöst werden können. Unwiderlich drängt sich uns die Frage auf, ob wir jetzt in Deutschland eine wahre politische und wirtschaftliche Demokratie haben. Um sie beantworten zu können, müssen wir uns die obersten Grundsätze der wahren Demokratie vor Augen halten.

Der fundamentalste Grundsatz der Demokratie ist neben gleichen Rechten aller Volksgenossen die Pflichterfüllung bis zum Äußersten im Interesse der Allgemeinheit. Jeder hat an seiner Stelle, auch wenn es ihm schwer wird und ihm die neue Zeit schwere und schwerere Opfer auferlegt, noch in viel höherem Maße als früher seine Pflicht zu tun. Das ganze Denken und Handeln muß auf die Schaffung der besten sozialen Bedingungen für das gesamte Volk eingeleitet sein. Jeder muß über seine Berufsarbeit hinaus für die Allgemeinheit noch etwas besonderes leisten.

Erfordert schon die reine Demokratie höchste Pflichterfüllung, so ist das in noch viel größerem Maße der Fall, wenn Betriebe der Allgemeinheit zuerkannt werden. Mit der Sozialisierung erlischt das Streikrecht von selbst, immer vorausgesetzt, daß echte Demokratie weitgehend ist. Ein Betrieb, von dessen Ertrag die Allgemeinheit in ihrer ganzen Lebenshaltung abhängig ist, darf nicht still gelegt werden, soll nicht der ganze Volkswirtschaft schweren Schaden leiden. In noch viel höherem Maße verlangt der Kommunismus Idealmen, denen jeder egoistische Zug vollständig fehlt!

Wissen wir bei der Demokratie? Sie kann nicht von heute auf morgen voll erblühen! Vor allem muß die demokratische Entwicklung des Wirtschaftslebens Zeit haben. Nicht eine Theorie darf bestimmend sein. Die Wirklichkeit muß entscheiden. Das Wirtschaftsleben gestattet keine unvermittelten Sprünge. Überall ist eine Entwicklung notwendig.

Es gehört ein unzerstörbarer, fester Glaube an den Wert des deutschen Volkes, um nicht an seiner Zukunft zu verzweifeln. Aus eigenem Willen hat es sich einen neuen Weg gebahnt. Andere betreten ihm still, aber doch frohen Mutes. Wieder andere gingen zögernd und widerwillig mit, um ihn bald zu verlassen und den alten verführten Pfad wieder aufzusuchen, um auf ihm weiter zu streben. Gar viele sind auf dem neuen Weg erlahmt. Viele stehen unbeholfen auf ihm und haben jede Orientierung verloren. Er ist leider nicht klar und deutlich vorgezeichnet worden! In vielen Stellen wurde er zerstückelt und an noch mehr ausgetreten. Nicht eine Pflichtbewusste Masse zog ihres Weges! Rechte! Viel Rechte! Halte es, dagegen fehlte die Erfüllung der Pflicht! Niemand war da, um den Weg unverwundlich auszubauen und für alle Zeiten festlegen. An Stelle des gemeinsamen Weges in die neue Zukunft trat der Kampf. Zu niemandens Nutzen erstehen schwierige Beschuldigungen die gemeinsame Arbeit. Kein Verzicht der gegenseitigen Verständigung! Kein Ausgleich! Kein sich Hineinfügen in die Bedürfnisse der verschiedensten Volksschichten. Das und Feindschaft auf der ganzen Linie. Statt des äußeren Feindes viel unversöhnlichere Feindschaft im Innern. Kein Wille zur gemeinsamen Arbeit zum Wiederaufbau des abgebauten Vaterlandes. Überall eine Unwahrscheinlichkeit, wie sie größer kaum sein kann. Kein Volkswille zur rückwärtslosen Wahrheit. Kein Wirtschaftswille. Dazu Feindschaft in weiten Volksteilen. Nicht vor den Tatsachen!

Der Zusammenbruch Deutschlands ist noch nicht vollendet. Infolge des Fehlens der wahren Demokratie kürzt das Volk immer tiefer. Mehr und mehr sinkt der Kredit im gesamten Reich der Welt. Das vor wenigen Jahren überaus reiche Deutschland ist im Ausland gegenüber der deutschen Leistungsfähigkeit herabsunken. Man glaubte an die deutsche Kraft, an die deutsche Fähigkeit. Man glaubte fest an den Wiederaufstieg des deutschen Volkes. Wohl warnte Welt sie nicht reich für eine Demokratie! Vollste Nie werde der Deutsche die harte Faust entschlossen können. Sollen diese Urteile über deutsches Wesen recht behalten?

Darüber kann kein Zweifel sein, daß von einer reinen, wahren Demokratie im deutschen Lande leider noch sehr wenig zu verspüren ist. Sie müßte, wenn sie sich voll entfalten hätte, alle Kreise des Volkes mit sich fortziehen! Nur nämlich das gesamte Volk erfüllen, betten, in gemeinsamer Arbeit rastlos zu arbeiten gleichwertig wäre. Inwiefern Liebe zum Vaterlande müßte aus dieser Aufbaubarkeit entspringen. Mit Freuden müßte jeder für das

niedergeborene Vaterland Opfer bringen. Auf Trümmern läßt es sich schlecht verhandeln und noch weniger lassen sich Forderungen erfüllen.

Dr. Koch.

Dr. von unserer Berliner Redaktion wird uns überbringt:

Der neue Reichsminister des Innern Dr. Koch hielt gestern in der Nationalversammlung seine Antritts- und Programmrede. Er ist ein Mann, dessen anerkannter Laik, dessen politische Einsicht und dessen Organisations-talent ihn in kurzer Zeit bis auf seinen jetzigen verantwortungsvollen Platz geführt haben. Auch gestern war der persönliche Eindruck sehr günstig. Aber freilich, die politische Allgemeinsicht und besonders die durch die fortwährende Streikgefahr stark belastete Berliner Stimmung brachten einen ziemlich negativen Gegenstand zu dem an und für sich gewiß sehr erfreulichen Optimismus des neuen Ministers. Gewiß hat er recht mit dem zum Trost gegebenen Hinweis darauf, daß eine solche gewaltige Erziehung, wie sie Deutschland durch den vierjährigen Krieg erteilt hat, nicht in einem Jahre überwinden sein kann; in anderen Ländern seien die revolutionären Störungen noch viel schlimmer und andauernder gewesen. Nur muß hierauf erwidert werden, daß heute deutsche Zeitgenossen doch ganz anders gewertet werden müssen als in früheren Jahrhunderten und daß wir auf einen tröstlichen Vergleich mit russischen Zuständen denn doch lieber verzichten wollen.

Positiv war die Rede des Ministers, wie die energische Betonung des Ordnungsprogramms sehr wertvoll, vor allem deshalb, weil man eben zu seiner Persönlichkeit auch das Vertrauen hat, daß er Taten hinter seine Worte setzen wird. Diese Loyalität wird, wie man wenigstens meinen soll, zunächst dadurch erleichtert werden, daß er rückhaltlos auf dem Boden der Weimarer Verfassung steht. Es wird sich nun aber zu zeigen haben, ob der Nachwille der Sozialdemokratie ein praktisches Zusammenarbeiten auf dieser Grundlage zu dem Zwecke, Ordnung und Wirtschaft wieder herzustellen, ermöglicht. Schon die nächsten Wochen werden über diese Grundfragen mehr Klarheit bringen. Die Tatsache, daß die demokratische Partei sich gegen die von allen sozialistischen Gruppen proklamierte Erhebung des 9. November zum Nationalfeiertag ausgesprochen hat, zeigt, wo und wie hart sich die Geister scheiden.

Eine staatliche Anstandsspflicht und zugleich auch Notwendigkeit für den Staat selbst ist das Versprechen einer zeitgemäßen Bewertung besonders des höheren Beamtenums. Dann wird man diesem offiziellen Vertreter des neuen Reiches, aber keine starke Zentralisation. Der Beisatz, den der Minister immer wieder und keineswegs nur von Parteifreunden erhob, war bemerkenswert stark und herzlich. Am einzelnen hat Herr Koch dann noch für das nächste Frühjahr eine große Schulkonferenz angekündigt, für die schon in nächster Zeit Vorbesprechungen stattfinden sollen. Alle pädagogischen Richtungen sollen dabei zur Geltung kommen, und die gesamte deutsche Erziehung soll auf eine neue Grundlage gestellt werden. An unserem Schulwesen ist in der Tat sehr viel zu reformieren. Die Forderung, die der Minister gestern ausgab: Erziehung zum nationalen Selbstbewußtsein, nicht zum Chauvinismus, verdient a. B. als neue Begreifung zur deutschen Kulturpolitik vollständige Zustimmung, aber gegen ein Massenauflöser von Pädagogen, um das kranke Deutschland zu heilen, erheben sich von verschiedenen Seiten Bedenken, da starke Neigungen zu radikalen Experimenten befürchtet werden.

Zur Verschiebung der Pause in der Nationalversammlung.
(Eigener Drahtbericht.)
b. Berlin, 16. Okt. Der Beschluß des Vorkommensschusses der Nationalversammlung, eine Vertagung der Vollkammern nicht vor dem 30. Okt. einzutreten zu lassen und den Etat sowie die Reichsabgabenordnung bis zu diesem Termin zu erledigen, dürfte wesentlich mit auf die Erwägung zurückzuführen sein, daß für die nächsten Wochen infolge der radikalen Streikagitation eine Verhinderung der inneren Lage zu befürchten ist, die auch auf die Arbeit der Nationalversammlung zurückwirken würde. Durch die Erlebnisse des Staats und der Hauptfeuerwerke soll die Regierung selbst für den Fall eines vorübergehenden Belagerungszustandes ihre Arbeit bei verhältnismäßiger Verwaltung und des Aufbaues fortsetzen können.

Tag um Tag vergeht ohne nützliche Arbeit! Tausende von Kindern sterben, weil die so notwendige Milch und der notwendige Kleiderwechsel fehlt. Wir könnten leicht Zehntausende von

Der Berliner Streik.

Der Ausfall der Berliner Rathausbeamten.

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 16. Okt. (Wolff.) Wie der Berliner Magistrat berichtet, ist die Zahl der arbeitswilligen Bureauhilfskräfte heute erheblich gestiegen. Vor den städtischen Gebäuden sind seit dem frühen Morgen militärische Wachen aufgestellt, da es geübt zwischen Streikenden und Privatleuten zu ernstlichen Differenzen gekommen ist.

Ein Aufruf der Gewerkschaften.
(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 16. Okt. Die „Freiheit“ veröffentlicht einen Aufruf der Gewerkschaften und der 15er Kommission an die Geister und Maschinen, der auch an sämtliche Berliner Elektrizitätsarbeiter erlassen wurde. Unverkennbar ist die Arbeit niederkulegen. Nach der „Freiheit“ ist die Ursache für diesen Beschluß 1. die Weigerung der Unternehmer, auf Grund des letzten Einlassensbeschlusses des Reichsministers zu verhandeln und 2. der Einfluß der Technischen Rostisse in Charlottenburg.

Bedrohliche Wendung im Metallarbeiterstreik.
(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 16. Okt. (Wolff.) Infolge des gestrigen Streikbeschlusses der Metallarbeiter und Geister scheint der Metallarbeiterstreik eine bedrohliche Entwicklung zu nehmen. Ein großer Teil der Elektrizitätsarbeiter erklärte, sie würden heute nachmittags die Stromlieferung für die Straßenbahnen und die Beleuchtung einstellen. Die Sitzung der Arbeiter- und Arbeitnehmer findet heute nachmittags statt. Es ist möglich, daß es auf Grund der Vorzüge des Reichsminister zu einer Einigung über die Verhängung der Entlassung kommt. Die Regierung ist entschlossen, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln vorzugehen, um 1. Selbstverleugung zu verhindern und 2. dem für die Allgemeinheit eine lebenswichtige dienenden Strom durch Einsetzen der Technischen Rostisse zu erhalten. Eine einschneidende Widerstand würde gebrochen werden.

b. Berlin, 16. Okt. (Eig. Drahtber.) Aus den Kreisen der Metallindustrie wird mitgeteilt, daß der Streik im ganzen bisher 100 000 Metallarbeiter umfaßt.

Terror in Moabit.
(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 16. Okt. (Wolff.) Das Oberkommando in den Marken teilt mit: Eine kleine Wache von radikalen Elementen im Moabit Stadtkreis hat die Stromlieferung für die Straßenbahnen eingestellt, über sie legen die Arbeit nieder. Der Berliner Magistrat hat sich diesem Terror gefügt. Der Oberbefehlshaber in den Marken, Koste, der davon Kenntnis erhielt, hat daraufhin verfügt, daß der Betrieb der Straßenbahnen und des elektrischen Kraftverkehrs für alle lebenswichtigen Betriebe und die Verkehrsmittel aufrechtzuerhalten wird.

Neußölln ohne Gas.
(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 16. Okt. Der „A. S. am Mittag“ zufolge haben die Gasarbeiter Neußölln zur Unterstützung der Forderungen der Bürohilfsarbeiter und der Metallarbeiter die Arbeit eingestellt, so daß Neußölln seit heute früh ohne Gas ist. Der Rat der Vorstände der Krankenkassen, diesen Betrieb als lebenswichtig anzuerkennen, ist von der Streikleitung rund abgelehnt worden. Aus den Bürosäumen der Kriegshinterbatterien wurden gestern nachmittags 12 Beamten von eindringenden Streikposten mit Gewalt entfernt.

Das entscheidende politische Mittel.
(Eigener Drahtbericht.)

b. Berlin, 16. Okt. Der „Vorwärts“ schreibt an der acemvärtaien Streikbewegung, es ache jetzt nicht mehr die Forderung der Bureauhilfskräfte und Metallarbeiter, sondern um die Erhöhung der Löhne sämtlicher Arbeiter in Groß-Berlin. In einer Verammlung der Unabhängigen hat Adolf Hoffmann die Streikdaffe als das entscheidende politische Mittel bezeichnet, trotzdem die Führer des Streiks erklären jede Verantwortung für dessen Folgen abzuschneiden.

Wirkung des englisch-persischen Abkommens.
(Eigener Drahtbericht.)

Bern, 16. Okt. (Wolff.) Wie die „Tribune de Genève“ aus zuverlässiger amtlicher Quelle erfährt, ist die Provinz Azerbeidschan im Aufstand gegen die Regierung von Teheran beauftragt. Die Unruhen haben ihre Ursache in dem persisch-englischen Abkommen. Der Generalgouverneur von Teheran ist von den Anführern abgesetzt worden.

Turkestan.
(Eigener Drahtbericht.)

London, 16. Okt. (Wolff.) Die „Times“ melden von der Ostfront vom 12. Oktober: Die Rote Armee in Ostturkestan wurde umzingelt und geschlagen, sich bedingungslos ergeben. Es wurden 85 000 Gefangene gemacht.

Kindern ins neutrale Ausland bringen und manches Leben retten, allein der Sturz der Woluta verhindert das. Es fehlen die Mittel. Mit banger Sorge sehen wir dem Winter entgegen. Die Nahrungszufuhr sinkt. Niemand weiß, womit er seine Stube wärmen soll. Die Wissenschaft steht allmählich still. Die Laboratorien müssen feiern, weil das Gas fehlt. Überall droht das Gespenst des völligen Zusammenbruchs.

Diese ganze Lage hat mit Demokratie nichts zu tun. Sie würde uns bei ihrer Durchführung sofort Besserung bringen. Sie müßte eine Einstellung des Klassenkampfes bringen. Demokratie ohne gegenseitige Achtung und Liebe ist undenkbar.

Die wahren Demokraten müssen sich klar bewußt bleiben, daß die Annahme der demokratischen Verfassung nicht gleichwertig mit der wirklichen Durchführung der Demokratie ist! Unablässig muß am Volk gearbeitet werden. Nicht Interessenspolitik gilt es zu verfolgen! Höchste soziale Leistungen im Interesse des Gesamtvolkes des Volkes heißt es zu vollbringen. Pflicht und wieder Pflicht heißt es fordern. Fort mit Wahrheit und der Freiheit! Winken wir ohne jede Ausflucht den Tatsachen unerschrocken in die Augen! Wir rufen dem Abgrund zu. Fordern wir reifliche Wahrheit auf der ganzen Linie. Das Volk hat ein Recht darauf zu wissen, wie es um es und seine Zukunft steht!

Eine deutsche Note wegen der Räumung des Baltikums.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 16. Okt. (Wolff.) Dem Vertreter des Reichs nach ist heute folgende Note übergeben worden:

Die a. und a. Regierungen haben die deutsche Regierung zum ersten Male in ihrer Mitteilung vom 18. Juni zur Räumung des Baltikums und Estlands aufzufordern lassen, nachdem sie noch im Mai ausdrücklich besungen und ungeduldet der Proteste der deutschen Regierung darauf bestanden hatten, daß die deutschen Truppen von dort nicht zurückgezogen werden sollten. Seitdem ist die deutsche Regierung unablässig und ernsthaft bemüht gewesen, die Zurückziehung der Truppen durchzuführen. Sie hat alle ihr zu Gebote stehenden Mittel angewandt, um den Widerstand der Truppenteile zu brechen, die sich um das ihnen von der leitenden Regierung verordnete Einbürgerungsrecht und die erforderliche Annehmlichkeit bemüht haben. Sie hat schließlich den widerständigen Truppen den Sold, den Pensions- und die sonstigen Leistungen gestrichelt und ihnen sogar die bereits erworbenen Ansprüche auf höhere Versorgung entzogen. Sie hat Verordnungen getroffen, jedweden Versuch von Munition und Munitionsnachschüssen unterbunden und hat zu diesem Zwecke den gesamten Vertriebsverkehr nach dem Baltikum gestrichelt und die Überwachung aller Grenzstationen durch besonders Beauftragte angeordnet.

Dies alles zeigt, daß die deutsche Regierung keine Veranlassung aneben hat, so einschneidende Maßnahmen zu erlassen, wie sie in den Noten der a. und a. Regierungen vorgebracht sind. Die deutsche Regierung hat auch nicht abgesehen, den General von der Goltz aus dem Baltikum abzurufen. Sie hat vielmehr lebhaft darauf hingewirkt, daß es sich um eine innerdeutsche Angelegenheit handelt. Tatsächlich ist Graf von der Goltz damals abgerufen worden. Erst die bald nach seiner Abreise erfolgte Meuterei der Eisenen Division veranlaßte ihn, aus eigenem Entschluß nach Mittau zurückzukehren. Diese vorübergehende Rückkehr wurde auch nur deshalb abgeduldet, weil Graf von der Goltz noch am ehesten den unzufriedenen Truppen gegenüber beruhigend autorität zu haben schien, um sie zur Befolgsamkeit des Abmarsches zu bestimmen. Ein Teil der Truppen ist denn auch damals seinen Anordnungen gefolgt. Als aber auch sein Einfluß zu verfallen begann, ist Graf von der Goltz endgültig abgerufen und nach Berlin befohlen worden. Anzweifelhaft hat General von Goltz als sein Nachfolger den Befehl übernommen. Die deutsche Regierung hat keine neue Regierung in jenen Gebieten anerkannt, noch mit einer solchen irgendwelche Verbindungen. Sie hat den deutschen Soldaten strengstens verboten, in russische Formationen einzutreten, und mit denen, die dies trotzdem getan haben, jede Verbindung abzuschneiden. Es befindet sich bei den russischen Streitkräften im Baltikum kein einziger deutscher Soldat, aber den die deutsche Regierung noch eine Befehlsausübung ausüben könnte. An der Ostfront des Generals Amaloff-Vermond sind keine deutsche Kommandos unterstellten Truppen beteiligt. Die politischen Mächte Amaloff-Vermonds werden in keiner Weise abhelfen. Deutschland hat weder gegen das lettische Reich, noch gegen das russische Volk irgendwelche kriegerischen Absichten. Die deutsche Regierung nimmt acne davon Kenntnis, daß die a. und a. Regierungen eine interalliierte Kommission nach den baltischen Provinzen entsenden wollen. Sie bittet, diese Kommission sobald wie möglich abzurufen und zur Vorbereitung mit den hiesigen Stellen einen kurzen Aufenthalt in Berlin nehmen zu lassen. Die Kommission wird sich durch ihr eigenes Urteil überlegen, daß die a. und a. Regierungen erheben Vorwürfe nicht aufrechterhalten werden können.

Die Blockierung Sowjet-Rußland.
Bern, 15. Okt. (Wolff.) Nach Mitteilung der internationalen Marinekommission erwidert sich die Sperre für deutsche Schiffe in der Ostsee auch auf die deutsche Territorialwirtschaft auf. Derartige drohende Nachrichten, man

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 6 Seiten.

denke nur an die zahlreicheren Fischerboote, sind nur...
b. Berlin, 15. Okt. Nach einer Meldung des „Berl. Lokalna.“ aus Ostpreußen steht ein großer Teil...

Deutsche Nationalversammlung.

(Eigener Drahtbericht.)
W. Berlin, 16. Okt.
Eröffnung der Sitzung um 1.20 Uhr nachmittags.
Den mündlichen Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses...

Interpellation Arnstadt
über gesetzliche Einführung der Zensur für
Dichtspiele, gesetzliche Maßnahmen zur
Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur...

Abg. Mumm (D.R.): Die Gefahren für unser
Volk, die aus der Schundliteratur und den ungenü-
terten Schichtspielen drohen, sind so groß, daß unter...

Minister Dr. Koch: Alle gesunden Kräfte unseres
Volkes müssen zusammenstehen, um gegen den
Schmutz vorzugehen. Ich lasse eine Novelle ausar-
beiten über die Zensur für Kinobühnen...

Abg. Koch (Soz.) berichtet über die Ausschluß-
verhandlungen.
Minister Dr. Koch: Ich will mein Amt sachlich
und ohne Parteigenossenschaft führen. Die öffent-
liche Ordnung im Reich muß wieder hergestellt...

Abg. Koch (Soz.) berichtet über die Ausschluß-
verhandlungen.
Minister Dr. Koch: Ich will mein Amt sachlich
und ohne Parteigenossenschaft führen. Die öffent-
liche Ordnung im Reich muß wieder hergestellt...

Glossen vom Tag.

„Wieder!“
In dem Aufruf der vier politischen Parteien Baden
zur endlichen Befreiung des Volkes findet sich
auch ein erstes Mahnwort an die Beamten-
schaft...

Immerhin schmerzhaft auffallend darin aber ist
die Betonung „wieder“ um allen Mißverständ-
nissen und zur unbedingten Überklarheit zu er-
reichen...

Raubrecht.
Ein Motiv zu dem genannten Aufruf, das ohne
Glossen nach einer Seite hin lauten könnte, bräunt
allerdings auf, wenn man zwei Laue nach ihm lesen...

bildungsschule. Das Kommunalisierungsgesetz
ist in Arbeit. Fast ein Drittel der aus
Glaubwürdigkeit ausgeschiedenen Beamten konnte
untergebracht werden...

Abg. Dr. Braun-Franken (Soz.): Das Reichs-
ministerium des Innern muß sich für die Wissen-
schaft einsetzen. Schulen und Universitäten müssen
auf das Reich übernommen werden...

Abg. Marie Steiner (Fr.): Ich habe an mein Amt
ohne übertriebenen Optimismus heran; in diesem
Winter wird sich das Schicksal unseres Volkes
entscheiden...

Abg. Ruffe (Dem.): Bis die Staatsfilm-
genjur kommt, muß die Filmindustrie selbst
Zensur üben. Da aber das Kino nun einmal vielen
Tausenden alles ist, so sollte es benutzt werden...

Abg. Delbrück (D.R.): Die Notwendigkeit der
Teilung des Reichsamts des Innern war längst da.
Aber jetzt ist die Teilung vielleicht etwas reichlich,
und es könnte kommen, daß verarbeitete Materie...

Abg. Wevermann (D.R.): Die große Beamten-
reform für das ganze Reich muß unter
Einwirkung der Beamten durchgeführt werden.
Die Reichsreform begreife ich, doch solle man die
Hochschulen nicht in bürokratische Fesseln legen...

Letzte Nachrichten.
Die Beerdigung der Katharina Anold.
rr. Ludwigshafen, 16. Okt. Aus Anlaß der Tötung
der 17jährigen Katharina Anold aus Frankenthal
durch einen französischen Soldaten veröffentlicht
der Ludwigshafener Kommandant der Marokkanischen
Division General Dugan eine Note...

Paris, 16. Okt. Am Mittwoch nachmittags fand
durch Franklin Bouillon und mehrere andere
Mitglieder der Kommission für auswärtige Angele-
genheiten der Gröfzma der berühmten eisernen
Kasse statt...

Neue Ueberwachungsanstalten. Die Kosten
der Befahrungsarmee.
(Beigener Drahtbericht.)
Berlin, 16. Okt. (Wolff.) Im Haushaltsausschuß
der Nationalversammlung teilte Reichsfinanzminister
Dr. Meißner mit, daß voraussichtlich in der Mitte...

Paris, 16. Okt. (Gazette.) Der „Matin“ erklärt,
daß das Große Hauptquartier endgültig am 26.
Oktober aufgelöst wird. Die Rheinarmee
wird durch das Kriegsministerium verwaltet werden
und militärisch unter Marschall Koch stehen...

Annahme der Inkeratensteuer.
(Beigener Drahtbericht.)
Berlin, 16. Okt. (Wolff.) Im Haushaltsausschuß
der Nationalversammlung wurde die Inkeraten-
steuer mit allen gegen die Stimmen der Unabhän-
gigen angenommen.

Badischer Landtag.
Die Befahrungszulage im Haushaltsausschuß
des Landtags.
In der gestrigen Sitzung des Haushalts-
ausschusses des Landtags wurde über die vom
Badischen Beamtenbund und den badischen Eisenbahn-
organisationen geforderte Befahrungszulage verhandelt...

Finanzminister und Landesfinanzamt.
Baden bildet bekanntlich den Bezirk eines der
durch das neue Reichsgesetz über die Reichsfinanzver-
waltung eingeführten Landesfinanzämter, und
dieses ist der badische Finanzminister Dr.
Birk mit der Wahrnehmung der Geschäfte des
Präsidenten dieses Landesfinanzamts...

Zwei Sensationspremiere in Wien.
Wien, das arme, ohnmächtige, abemüdete und
politisch wie wirtschaftlich nebelhafte Wien hatte
trotz allem wieder einmal zwei große Laue. Und beide
verdanke es der Kunst. Die Kraußführerinnen von
Strauß-Sofmannstals „Krauß ohne Schatten“
und Stefan Zweis „Aeremias“ im Opern-
theater und Deutschen Volkstheater lodten eine große
Anzahl diskutierter Fremder, vor allem natürlich
führende Männer der Theater- und Musikwelt...

Die wirtschaftlichen Verhältnisse des badischen
Staates machen auch nach der vom Finanzmini-
sterium gegebenen Uebersicht die Bewahrung weiter
Leistungsbefähigung (Befahrungszulagen) un-
möglich. Wir sind deshalb nicht in der Lage, die
Staatsregierung um die Einbringung einer Vorlage
zu ersuchen...

Die wirtschaftlichen Verhältnisse des badischen
Staates machen auch nach der vom Finanzmini-
sterium gegebenen Uebersicht die Bewahrung weiter
Leistungsbefähigung (Befahrungszulagen) un-
möglich. Wir sind deshalb nicht in der Lage, die
Staatsregierung um die Einbringung einer Vorlage
zu ersuchen...

Die wirtschaftlichen Verhältnisse des badischen
Staates machen auch nach der vom Finanzmini-
sterium gegebenen Uebersicht die Bewahrung weiter
Leistungsbefähigung (Befahrungszulagen) un-
möglich. Wir sind deshalb nicht in der Lage, die
Staatsregierung um die Einbringung einer Vorlage
zu ersuchen...

Die wirtschaftlichen Verhältnisse des badischen
Staates machen auch nach der vom Finanzmini-
sterium gegebenen Uebersicht die Bewahrung weiter
Leistungsbefähigung (Befahrungszulagen) un-
möglich. Wir sind deshalb nicht in der Lage, die
Staatsregierung um die Einbringung einer Vorlage
zu ersuchen...

